

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/179

17. September 1976

Die sozialdemokratische Bildungs-offensive

Neun Thesen zu einer Politik, die unsere Zukunft sichert

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

v. Weizsäcker hat keine Chance in der Union

Die CDU/CSU ist ein Sicherheitsrisiko für die Frauen

Von Wolfgang Roth
Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 3 / 37 Zeilen

Exempel Lindau: Entlarvende Polemik aus Gruppenegoismus

Angriffe gegen Datenbank-Modell der AOK Bayern sind un-
gerechtfertigt

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordne-
ter in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 bis 6 / 106 Zeilen

Wir lassen uns nicht beirren!

Die IG Chemie/Papier/Keramik ist stärker geworden

Von Werner Vit
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industrie-
gewerkschaft Chemie/Papier/Keramik

Seite 7 / 35 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Pressesaal 1, Zimmer 217-234
Telefon: 02 28 37 - 33
Telefax: 02 28 946-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die sozialdemokratische Bildungsoffensive

Neun Thesen zu einer Politik, die unsere Zukunft sichert

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

und Mitglied des Vorstandes der SPD

1/ Kleine Klassen in den Grundschulen, die rasche Deckung des Lehrermangels in den Berufsschulen und die gezielte Bekämpfung des Unterrichtsausfalls gehören unverändert zu den Zielen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Der Widerspruch zwischen Lehrerarbeitslosigkeit und diesen Zielen muß mit allen, auch neuen Mitteln aufgelöst werden. Damit wenden wir uns auch gegen die CDU-These von einem 20 vH-Abbau des öffentlichen Dienstes, denn das würde u.a. ein Minus von 100.000 Lehrern für unsere Schulen bedeuten.

2/ Über die berufliche Bildung geht die Mehrheit der Jugendlichen ins Arbeitsleben, die ein Recht auf eine hochwertige und zukunftsorientierte Ausbildung haben. Wer sie ihnen versagt, gefährdet die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung. Sozialdemokraten haben gegen die Kinderarbeit und für den Jugendarbeitsschutz gekämpft. Wir vertreten den Anspruch der auszubildenden und arbeitenden Jugend auf finanzielle Absicherung des Lehrstellenangebotes, auf die Entwicklung der Berufsbildung zu einem gleichwertigen Bestandteil des Bildungswesens, auf Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung in Betrieben und Schulen sowie auf Entwicklung eines geordneten Systems beruflicher Weiterbildung. Von diesen Ansprüchen der Jugend dürfen auch in den kommenden Jahren keine Abstriche gemacht werden, in denen geburtenstarke Jahrgänge nach Ausbildung fragen.

3/ Geburtenstarke Jahrgänge stehen auch vor den Toren der Hochschulen, die bereit und aufgrund der Ausbauleistungen der vergangenen Jahre in der Lage sind, im großen und ganzen die Studienbewerber der kommenden Jahre aufzunehmen. Sozialdemokraten treten für die Öffnung der Hochschulen durch Abbau des Numerus clausus ein. Wir sind bereit, den Hochschulen, wo es notwendig ist, Hilfen zur besseren Ausnutzung ihrer Kapazität zu geben. Die Studenten fordern wir zur Solidarität mit denen auf, die vor den Hochschulen warten. Ein Bildungsangebot ist noch keine Garantie für späteren Status und Einkommen. Alle Erfahrungen zeigen aber, daß bessere Ausbildung mehr Arbeitsplatzsicherheit schafft.

4/ Humanität, soziale Gerechtigkeit und Ausgleich sind Leitlinien sozialdemokratischer Bildungspolitik. Überzogener Leistungsdruck und Schulstreß können nur überwunden werden, wenn die Schulen sich am Grundsatz "Fördern statt Auslesen" orientieren, wenn durch Verzicht auf frühzeitige Selektion und Verknappung der Bildungsangebote Raum für freies Lehren und Lernen geschaffen wird, wenn Erziehung zu Solidarität und Kreativität die Arbeit an den Schulen bestimmt und wenn die Schulen sich nicht von der Lebensumwelt der Kinder und der Eltern isolieren. Nicht Angst, sondern Freude am Lernen und an Leistung zu wecken, ist Aufgabe der Schule.

5/ Wir werden nicht zulassen, daß bildungswillige Kinder aus den gewählten Schulen verdrängt werden. Wir wollen nicht Ausbildung beschränken,

um dadurch Wettbewerb im Beruf zu verhindern. Wir wollen den Jugendlichen eine gute Ausbildung geben, damit sie im Wettbewerb unter Erwachsenen bestehen können. Die Hauptschule ist eine weiterführende Schule. Das muß für jeden Hauptschüler konkrete Wirklichkeit werden. Wir wollen das dreigliedrige Schulsystem überwinden. Die Gesamtschule darf nicht um die Chance gebracht werden, zu beweisen, was sie für die Zukunft unseres Bildungswesens erbringen kann. Wir wollen Gleichwertigkeit für die berufliche Bildung und Durchlässigkeit zu anderen Bildungsgängen, damit Bildungsentscheidungen nicht mehr Verzicht, sondern Wahl zwischen realen Alternativen bedeuten.

6/ Die soziale Sicherung von Schülern und Studenten aus Arbeitnehmerfamilien der unteren Einkommensgruppen bleibt ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. In ihrem Regierungsprogramm haben die Sozialdemokraten beschlossen, "daß die Ausbildungsförderung noch stärker auf soziale Kriterien hin entwickelt werden muß." Der am 3. Oktober 1976 zu wählende Bundestag wird sich gleich zu Beginn der 8. Legislaturperiode mit der sozialen Lage der Schüler und Studenten beschäftigen und prüfen müssen, wie die Öffnung der Schulen und Hochschulen und die Studienreform auch materiell für die wirtschaftlich schwachen Schichten abgesichert werden können. In seinen Beschlüssen zur Finanzplanung hat das Bundeskabinett bereits im Herbst 1975 für die Ausbildungsförderung Beträge eingesetzt, in deren Rahmen 1977 eine sozial ausgestaltete Fortentwicklung des Gesetzes ohne Überforderung der öffentlichen Finanzen möglich ist.

7/ Unser Bildungswesen muß mehr Gleichgewicht erhalten und auch für die Erwachsenen offen werden. Nicht unbegrenzt lange Bildung für eine Minderheit, sondern gute Bildungsangebote für alle sind nötig. Deshalb wollen Sozialdemokraten statt überlanger Dauer von Schule und Hochschule eine sinnvolle Begrenzung der Erstausbildung und mehr Raum und Mittel für die Weiterbildung. Junge Menschen sollen nicht schulmüde, sondern rechtzeitig mündig werden, und Erwachsene müssen mehr Weiterbildungschancen erhalten, um erfolgreich in Beruf und Arbeitswelt bestehen zu können.

8/ Ungesicherte Spekulationen über den Arbeitsmarkt des Jahres 2.000 auf der Grundlage bloßer Fortschreibung herkömmlicher Bildungs- und Beschäftigungsstrukturen liefern keine Begründung für eine Politik des Rück-schraubens von Bildungsangeboten, schon gar nicht für Reformverzicht. Die Bevölkerung hat berechnete Bildungsansprüche entwickelt; wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte im weltwirtschaftlichen Wettbewerb. Unsere Folgerungen aus Analysen der Entwicklungstendenzen heißen weder Verunsicherung noch Qualifikationsstopp. Wir werden stattdessen die innere Erneuerung des Bildungswesens vorantreiben. Studienreform, Reform der beruflichen Bildung, Verbesserung der Hauptschule und Entwicklung der Weiterbildung dürfen nicht ein Opfer von Mängeln an Vorstellungskraft und Gestaltungswillen werden.

9/ Sozialdemokraten setzen sich für die Erhaltung der Freizügigkeit im deutschen Bildungswesen ein. Wer - wie Teile der CDU/DSU - Zeugnisse von Schülern nicht anerkennt, aus wahltaktischen Gründen ausgebildete Lehrer aus anderen Bundesländern aussperrt oder bestehende Abkommen einseitig aufzukündigen droht, spielt unverantwortlich mit dem Schicksal junger Menschen, verhindert aus provinzieller Enge jede Entwicklung im Bildungswesen und verspielt das Vertrauen der Bürger in den guten Willen der Verantwortlichen. Statt Partikularismus brauchen wir mehr gesamtstaatliche Verantwortung.

(-/17.9.1976/va/pr)

v. Weizsäcker hat keine Chance in der Union

Die CDU/CSU ist ein Sicherheitsrisiko für die Frauen

Von Wolfgang Roth

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stellt die CDU/CSU ein Sicherheitsrisiko für Frauen dar? Die Verbotbeschlüsse einiger CDU-regierter Kreistage in Baden-Württemberg, in ihren Kreiskrankenhäusern die soziale Indikation als zureichenden Grund einer Schwangerschaftsunterbrechung nicht anzuerkennen, lassen das befürchten.

Regionale Boykottmaßnahmen dieses Ausmaßes lassen ahnen, was Frauen bei einem Wahlsieg der CDU/CSU bundesweit zu erwarten hätten. Der ehem. CDU-Generalsekretär Bruno Heck MdB, hatte bereits im März 1976 durchblicken lassen, in welche Richtung er seine Partei marschieren sehen möchte. In einer Kirchenzeitung erklärte er im Blick auf den reformierten Paragraphen 218: "Gesetze können jederzeit kassiert werden."

In dieser Situation begrüße ich es, daß sich der stellv. Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Richard von Weizsäcker, in die Diskussion eingeschaltet hat. Er hat den Kreistagsbeschlüssen in Baden-Württemberg die Berechtigung abgesprochen, ein kollektives Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen auszusprechen. Außerdem hat von Weizsäcker darauf hingewiesen, daß die Gewissensentscheidung dem Einzelnen, aber nicht einem politischen Gremium gebühre.

Von Weizäckers Kritik an der Einstellung der eigenen Parteifreunde hat jedoch - wie ich fürchte - keine Chance in einer CDU/CSU, in der Scharfmacher wie Strauß, Carstens und Dregger den Ton angeben. Wird Richard von Weizsäcker - wie es zuletzt vor der Abstimmung zu den Rentenabkommen mit Polen offenbar wurde - ein weiteres Mal hoffnungslos in die Isolation geraten?

Die Frauen müssen erkennen: In der CDU/CSU haben sie keinen verlässlichen Anwalt ihrer Sorgen und Ansprüche. Die Art und Weise, wie maßgebliche Kreise dieser Partei in Baden-Württemberg vorgehen, zeigt mir:

- Die CDU/CSU macht auf dem Rücken bedrängter Frauen bedenkenlos Parteipolitik;

- die CDU/CSU, soweit sie hinter den umstrittenen Kreistagsbeschlüssen steht, hält nichts von Bundestreue; die Äußerung des CDU-Landtagspräsidenten Prof. Erich Ganzenmüller, das Vorgehen des Bundes zur Änderung der Abtreibungspraxis, das "nicht demokratisch, sondern diktatorisch" sei, spricht für sich;

- die Haltung der CDU/CSU in der Abtreibungsfrage fördert die Ansiedlung von privaten Abtreibungskliniken; damit wäre einer Kommerzialisierung des sozialen Versagens der CDU/CSU Tür und Tor geöffnet.

(-/17.9.1976/va/pr)

+ + +

Exempel Lindau: Entlarvende Polemik aus Gruppenegoismus

Angriffe gegen Datenbank-Modell der AOK Bayern sind ungerechtfertigt

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter
in der SPD-Bundestagesfraktion

Wahlkampfzeiten scheinen für manche Interessengruppen willkommene Gelegenheit zu sein, im Dunstkreis der Polemik ihr eigenes Süppchen zu kochen. Anders sind die unsachlichen und diffamierenden Angriffe auf den Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern im Zusammenhang mit dem "Aufbau einer Datenbank aus Leistungsbelegen der Einrichtungen der medizinischen Versorgung" nicht zu werten. Weil durch Indiskretion eines Einzelnen Detailkenntnisse über die Krankengeschichten von Versicherten an die Öffentlichkeit gelangten, soll plötzlich die gesamte Untersuchung untragbar sein.

Natürlich müssen die persönlichen Daten des Bürgers geschützt sein, das steht außer Frage. Umso infamer waren die Reaktionen, dieses vertrags- und gesetzeswidrige Verhalten einer Aushilfskraft der AOK Lindau grundsätzlich als Beweis dafür anzusehen, mit der Datenerfassung werde die Intimsphäre von Kassenpatienten verletzt. Man erlaube mir Hinweis: Ein betrügerischer Arzt macht doch wohl auch nicht alle Ärzte zu Betrügern und Kurfuschern. Bezeichnendes am Rande: Betrüblieh war wieder einmal das Fehlverhalten des bayerischen Arbeitsministers Dr. Fritz Pirkl. In nicht zu überbietendem Opportunismus erklärte er einer Sonntagszeitung, "daß ein unmögliches Vorgehen der AOK Lindau vorliege." Erst später sah sich das Arbeitsministerium veranlaßt, eine entscheidende Stellungnahme von einer genaueren Prüfung der Vorgänge abhängig zu machen.

Warum nur die übereilten und unqualifizierten Proteste der Ärztlichen Landesorganisationen, der Kassenerztlichen Vereinigung Bayerns und des Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund)? Es muß doch auch in deren Interesse liegen, daß alle Anstrengungen unternommen werden, die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich einzudämmen. Allzusehr sind gerade in letzter Zeit Ärzte in den Ruch geraten, eher Geschäftsleute, selbständige

Unternehmer zu sein, denn Jünger des Hypokrates. Sollten die ärztlichen Landesorganisationen vom Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern bisher über die Untersuchungen zwecks Aufbaus einer Datenbank nicht informiert worden sein? Dann liegt sicherlich ein von der AOK verschuldetes Mißverständnis vor. Wurde die Information der Ärzte aber nicht verschämt, dann allerdings drängt sich der Verdacht einer gezielten Verleumdungskampagne auf. Dies gilt es zu klären.

Zu verstecken hatte der Landesverband der Ortskrankenkassen in Bayern nichts. Der Vorstand der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion wurde bereits im Mai dieses Jahres anlässlich eines Besuchs der Geschäftsführung der AOK Bayern in München und einer Diskussion über Möglichkeiten der Kosteneindämmung im Gesundheitsbereich von dem Vorhaben unterrichtet. Als Ziel für ihr umfangreiches Projekt hieß es knapp: "Für den Gesundheitsbereich sollen bisher unbekannte Wege für einen geringeren Anstieg der Ausgaben aufgezeigt werden."

Die AOK in Bayern ging von der Erkenntnis und dem Umstand aus, daß 90 vH der Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen für ärztliche und zahnärztliche Behandlung oder für von Ärzten/Zahnärzten veranlaßten Behandlungsmaßnahmen ausgegeben werden. Durch den Aufbau einer Datenbank aus Leistungsbelegen der Einrichtungen der medizinischen Versorgung soll Material erarbeitet werden, das Aussagen ermöglicht, inwieweit durch planerische Maßnahmen Einfluß auf die besorgniserregende Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeübt werden kann. Sämtliche von Ärzten/Zahnärzten ausgeführten oder veranlaßten Behandlungsmaßnahmen sollen personenbezogen in der Datenbank gespeichert werden. Um den Aufbau der Datenbank so repräsentativ wie nur möglich für Bayern zu gestalten, wurden die Ortskrankenkassen Ingolstadt, Lindau und Weiden für die Erhebungen ausgewählt. Das Angebot an Gesundheitsgütern in bezug auf die Angebots- und Kostenstruktur sollte in je einer Region unterdurchschnittliche, durchschnittliche und überdurchschnittliche Werte ausweisen.

Bei der AOK Lindau sind bereits seit Januar 1976 vorbereitende Arbeiten im Gange. Hier sollten Erfahrungen mit dem Verschlüsseln der Behandlungsscheine und der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen gesammelt werden, um bei fehlerfreiem Ablauf sofort bei den übrigen beteiligten Ortskranken-

kassen mit den notwendigen Arbeiten zu beginnen. Gerade der Verschlüsselung der Daten widmete der ADK Landesverband Bayern größte Anstrengungen, um Mißbrauch zu verhindern. Daß ein Dieb vor dem Kassensturz für Durcheinander sorgte, ist bedauerndwert, kann aber doch nicht der ADK engkreidet werden und sollte vor allem nicht das Projekt selbst in Frage stellen.

Durch den Aufbau der Datenbank und die Übernahme der Daten auf EDV-Träger will die ADK Bayern das gewonnene Material für empirische Untersuchungen in großem Umfang verfügbar machen. Ausweislich der Projektbeschreibung heißt es: "Damit wird mit Sicherheit ein bedeutsamer Schritt getan, um neue Grundlagen für die Analyse der Kosten- und Leistungsstruktur des Gesundheitssystems in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen." So könne auf der Grundlage dieses Materials weit über die arztorientierten Auswertungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und der institutionsorientierten Krankenhausstatistik hinausgehend erstmals eine Vollerhebung bzw. mit sehr großen Stichproben eine versichertenorientierte Leistungsstatistik aufgebaut werden. Die Datenbank biete auch zahlreiche Möglichkeiten, sofort praxisbezogen in kürzester Frist Fragen zu beantworten, die unter Umständen Einfluß auf die innere Organisation der Krankenkassen, auf vertragliche Regelungen mit den Vertragspartnern und nicht zuletzt auch auf gesetzliche Bestimmungen nehmen werden."

Beispielhaft könnten auch laut Projektbeschreibung überprüft werden, ob

- die Ausgabe von Krankenscheinheften die Versicherten und die anspruchsberechtigten Familienangehörigen zu häufigem Arztwechsel während des Quartals animiert;
- von Ärzten grundsätzlich Arzneien bereits am ersten Behandlungstag verordnet werden, obwohl die Ergebnisse evtl. durchgeführter Laboruntersuchungen noch nicht vorliegen;
- bei der Behandlung durch verschiedene Ärzte u.U. kontraindizierte Medikamente verordnet werden;
- die Dosierung der angewandten Röntgenstrahlen medizinisch noch vertretbar war.

Dieser Katalog könnte noch beliebig verlängert werden, beispielsweise um die Frage, wieviele Stunden ein Arzt am Tag arbeiten muß, um die von ihm angerechneten Leistungen zu erbringen.

Ich begrüße diese beispielhafte Untersuchung des Landesverbandes der Ortskrankenkassen in Bayern, allein im Interesse der Beitragszahler, denen ständig wachsende Beiträge einfach nicht mehr zuzumuten sind. Das Modellvorhaben muß deshalb unter allen Umständen gegen ungerechtfertigte Anfeindungen geschützt und zu Ende geführt werden. Diffamierungen der Initiatoren des mitbeteiligten Sonderforschungsbereichs 159 der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Technischen Universität Berlin, der zunächst mit der Auswertung betrauten Arbeitslosen sind verabscheuungswürdig und lassen nur unlautere Motive ahnen. Die Angriffe nach dem Muster: "Man schlägt den Sack und meint den Esel" waren allzu durchsichtig.

(-/17.9.1976/va/pr)

+ + +

Wir lassen uns nicht beirren I

Die IG Chemie-Papier-Keramik ist stärker geworden

Von Werner Wit

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Keramik

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, der am Sonntag in Hamburg beginnt, findet in einer denkwürdigen Situation statt. Da werden Vorwürfe gegen die Gewerkschaften gerichtet, daß sie ihre Unabhängigkeit aufs Spiel setzen würden. Seit Monaten wird als Grundton dazu die Melodie vom drohenden "Gewerkschaftsstaat" gespielt, mal lauter und brüskierender, mal leiser und raffinierter. Trotzdem sind unsere Mitgliederzahlen gestiegen, und zwar beträchtlich: seit dem letzten Gewerkschaftstag 1972 um 31.214 auf 644.271. Wie reimt sich dies zusammen? Ist das Bewußtsein bei den arbeitenden Menschen stärker geworden, daß die gewerkschaftliche Organisation notwendig ist?

Ich denke, das ist der Fall. Ein Gradmesser ist zweifellos die Wahl der Betriebsräte gewesen, die für die IG Chemie-Papier-Keramik zu einem eindrucksvollen Beweis ihrer Präsenz in den Betrieben wurde. Mehr als 86 vH der Betriebsratsmitglieder in 13.799 Betrieben sind der IG Chemie-Papier-Keramik zuzurechnen und sogar bei den Angestellten sind es 71,2 vH. Damit korrespondiert die Ausweitung und Stärkung der Vertrauensleutekörper in den Betrieben.

All dies reicht aber noch nicht aus, um die eingangs skizzierte Situation eindeutig zu klären. Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaften - und da danke ich, hat die IG Chemie ganz vorn gestanden - gesellschaftspolitisch in den letzten Jahren stark gefordert waren. Wir haben unser Engagement ausgeweitet, weil die Probleme in unserer Gesellschaft der Zahl und der wechselseitigen Abhängigkeit nach gewachsen sind. Die Gewerkschaften sind ein eminent wichtiger Faktor bei der Aufbereitung, Klärung und Lösung dieses Problems geworden, mögen sie in der Lage unserer Wirtschaft begründet liegen, im Umweltbereich oder auch in der Frage der Verteilung des zuwachsenden Vermögens. Dies haben die arbeitenden Menschen gespürt und honoriert. Daher schmerzt uns ein unberechtigter Vorwurf heute umso mehr.

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik wird dies deutlich machen. Unsere grundsätzliche Bereitschaft, für den demokratischen Staat einzutreten, brauchen wir nicht dauernd unter Beweis zu stellen, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir werden uns durch Stürmanöver also nicht beirren lassen. Allzuviel ist noch zu tun.
(r/17.9.1976/vo/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller